

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 34. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2020-2024)

---

Sitzungsdatum: 19. April 2023  
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.00 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz René Amstutz, 1. Vizepräsident Einwohnerrat  
Henry Vogt, Präsident Einwohnerrat (entschuldigt)  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
Andreas Bammatter  
Philippe Hofmann  
Christoph Morat (entschuldigt)  
Silvia Stucki  
Franz Vogt (entschuldigt)  
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung  
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Rolf Adam, Mark Aellen, René Amstutz, Andreas Bärtsch, Alex Beer, Mehmet Can, Noëmi Feitsma, Sandro Felice, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Christian Jucker, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Patrick Kneubühler, Anne-Sophie Metz, Martin Münch, Urs Pozivil, Corinne Probst, Alfred Rellstab, Miriam Schaub, Melina Schellenberg, Lucca Schulz, Claudia Sigel, Simon Trinkler, Pascale Uccella, Lea van der Merwe, Basil Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Stephan Wolf

Entschuldigt: Nico Jonasch, Roman Klauser, Niklaus Morat, Evelyne Roth, Christoph Ruckstuhl, Florian Spiegel, Henry Vogt, Swen Wyss

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 31 Anwesende = 21  
18.40 Uhr 32 Anwesende = 22

---

---

### **Bereinigte Traktandenliste**

1. Bericht des Gemeinderates vom 15.3.2023, zum Postulat von Matthias Häuptli, GLP, und Sandro Felice, Grüne, vom 20.10.2021, betreffend **Massnahmen zur Verkehrsreduktion im Masterplan Binningerstrasse**  
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt Geschäft 4589 / A
  
2. Interpellation von Melina Schellenberg, SP-Fraktion, vom 25.1.2023, betreffend **Gefährliche Ausfahrt der Tiefgarage zwischen Baselmattweg 140 und 142**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4656 / A
  
3. Motion von Christian Jucker, GLP, vom 10.1.2023, betreffend **Wegmatten bleibt (für immer) grün**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4655
  
4. Postulat von Martin Imoberdorf, Melina Schellenberg, Noëmi Feitsma, Jean-Jacques Winter und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 15.2.2023, betreffend **Vollzug Volksbegehren Vermeidung von Lichtverschmutzung**  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4660

### **Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
  - FRAGESTUNDE
- 

### **Für das Protokoll:**

Christine Rügsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

---

### **Einwohnerratsprotokoll Nr. 34 vom 19. April 2023**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

### **Der 1. Vizepräsident des Einwohnerrates Allschwil**

René Amstutz

---

## Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

### [Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Geschätzte Anwesende. Ich begrüsse euch herzlich zur heutigen Plenarsitzung des Einwohnerrats vom 19. April 2023. Ich stehe heute hier, weil Henry abwesend ist, er hat sich entschuldigt, und werde die Sitzung leiten. Zuerst eine kleine ... ich muss mich zuerst eingewöhnen ... ach ja, Entschuldigungen: Roman Klauser, Nico Jonasch, Niki Morat, Christoph Ruckstuhl, Evelyne Roth, Florian Spiegel, Henry Vogt, Swen Wyss und Gemeinderat Christoph Morat. Verspätungen haben Rolf Adam und Andreas Bärtsch. Franz Vogt ist auch entschuldigt. Nun gerne die Präsenzliste. Ruedi Spinnler bitte. Vielen Dank.

Es gibt vier Mitteilungen des Präsidenten. Erstens, wir haben eine neue Mikrofonanlage. Wenn ihr sprechen wollt, einfach auf den Knopf drücken. Wenn es rot ist, ist es gut. Wenn ihr fertig seid, nicht draufdrücken, dann leuchtet es nicht. Passt einfach auf mit den Kabeln, die hier herumliegen, nicht drauftreten, nicht abreißen, sonst haben wir wieder mit der ganzen Anlage Probleme. Soviel zur Mikrofonanlage.

Neben Ruedi Spinnler sitzt eine Volontärin, Faye Studer. Sie wird für die nächsten sechs Monate als Volontärin auf der Gemeinde sein, herzlich willkommen, Frau Studer.

Ihr habt auch gemerkt, es wurde bereits am 7. März mitgeteilt, betreffend Dezember-Sitzungen. Die eine findet nicht mehr am 6. Dezember, sondern am 7. Dezember statt. Somit haben wir zwei Sitzungen, am 5. und 7. Dezember. Dies wurde, wie zuvor erwähnt, am 7. März kommuniziert.

Am Ende der Sitzung bitte den Saal zügig verlassen und ins Foyer gehen, dort könnt ihr euch noch aufhalten, damit man hier aufräumen kann. Besten Dank.

Ja, Patrick Kneubühler, Entschuldigung, bitte sehr.

**Patrick Kneubühler**, SVP-Fraktion: Kein Problem. Nur kurz: Ich halte mich nicht für den Schwierigsten in diesem Einwohnerrat. Als ich aber die Traktandenliste für die heutige Sitzung ansehen musste, musste ich mich schon fragen, ob es wirklich Sinn ergibt. Ich wäre dem Einwohnerratsbüro dankbar, wenn sie die Notwendigkeit einer solchen Sitzung an der Bürositzung auch überdenken und hinterfragen würden. Meiner Meinung nach ist diese heute nicht sinnvoll und hätte auf die nächste Sitzung verschoben werden können.

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Danke. Das haben wir im Büro auch angeschaut und besprochen. Wir kamen zum Schluss, dass wir sie trotzdem durchführen, wegen der Fragestunde, die anschliessend erfolgt. Aber es ist uns bewusst, dass sie ziemlich klein ist.

Dringliche Interpellationen oder Postulate oder Motionen habe ich keine erhalten. Aber es wurden weitere vier Vorstösse eingereicht. Ich gehe sie kurz durch, bitte auflegen. Danke.

Es sind dies:

- Geschäft 4664, Interpellation der FDP-Fraktion, unterschrieben durch Urs Pozivil, *Wasserversorgung in Allschwil*
- Geschäft 4665, Motion der FDP-Fraktion *Anpassung des Reklamereglements, § 14*
- Geschäft 4666, Motion der EVP/GLP/Grüne-Fraktion plus Unterschrift von Melina Schellenberg der SP *Bemerkenswerte und schützenswerte Bäume – Inventar und entsprechende Schutzbestimmungen, bevor Allschwil zur Grauzone wird*
- Geschäft 4667, Postulat der SP-Fraktion, unterschrieben von Mehmet Can *Gegen das Wildparkieren von E-Scootern und E-Trottinets.*

Okay, sie werden auf dem Visualizer gezeigt, und morgen werdet ihr sie per E-Mail erhalten.

Bereinigung der Traktandenliste: Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Gibt es aus dem Einwohnerrat Änderungsanträge zur Traktandenliste? Das ist nicht der Fall. Somit ist sie genehmigt und wir behandeln das erste Geschäft.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 1**

Bericht des Gemeinderates vom 15.3.2023, zum Postulat von Matthias Häuptli, GLP, und Sandro Felice, Grüne, vom 20.10.2021, betreffend Massnahmen zur Verkehrsreduktion im Masterplan Binningerstrasse  
Geschäftsvertretung: VP Franz Vogt, Geschäft 4589 / A

---

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Anstelle Franz Vogt wird die Gemeindepräsidentin die Geschäftsvertretung übernehmen und dazu sprechen. Die Rednerreihenfolge ist zuerst die antragstellende Person, entweder Matthias Häuptli oder Sandro Felice, dann die Gemeindepräsidentin, anschliessend die Fraktionssprecherinnen und -sprecher, danach die allgemeine Rednerliste. Die antragstellende Person? Matthias Häuptli sehe ich, ja.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich danke für die Postulatsbeantwortung. Ich kann mich befriedigt zeigen, in Hinsicht darauf, dass der Gemeinderat eine Auslegeordnung der Instrumente gemacht hat, die man zur Anwendung bringen will. Allerdings muss ich feststellen, es ist bezogen auf das Gebiet nicht wahnsinnig konkret. Man sieht nicht wirklich, welche Instrumente nun zur Anwendung kommen sollen. Ich habe ein gewisses Verständnis dafür, dass man vielleicht in der Planung noch nicht weit genug fortgeschritten ist, damit man sie genauer benennen kann. Was ich aber wirklich vermisse, ist in Bezug auf das Fahrtenmodell, das im Postulat thematisiert ist. Dazu wird einfach gesagt, man sähe es nur irgendwie als Rückfallebene, und möchte das nicht tun. Es ist nicht wirklich weiter begründet. Ich habe dem Bericht der Metron, der uns noch informell zugestellt wurde, entnommen, dass anscheinend auch die gesetzlichen Grundlagen für ein solches Fahrtenmodell fehlen würden. Mehr wissen wir aber nicht dazu. Die Frage ist, ob die Gemeinde die gesetzlichen Grundlagen auch ausarbeiten könnte. Jedenfalls ist festzustellen, dass, wenn man einfach rein mit dem Parkplatz operieren will, um den Verkehr zu steuern, dann ist das in einem Wohngebiet oder in einem gemischten Gebiet relativ schwierig. Wenn sie ein Arbeitsplatzgebiet mit Parkplätzen haben, ist es relativ klar: Die werden von Leuten benutzt, die in der Regel einmal am Tag ein- und ausfahren. Daraus kann man den Verkehr relativ klar berechnen. Bei Wohnüberbauungen ist es natürlich anders. Dort ist die Nutzung der Fahrzeuge durch die Bewohner dann auch sehr unterschiedlich. Es gibt Leute, die pendeln, es gibt andere, die das Fahrzeug z. B. nur am Wochenende benutzen. Deshalb kann man eigentlich nicht so präzise abschätzen, wie viel Verkehr durch die Bewohner generiert wird, wenn man eine gewisse Anzahl Parkplätze bewilligt. Hier würde natürlich ein Fahrtenmodell ansetzen, damit man es präziser steuern könnte. Das ist etwas, was man nicht nachträglich einführen kann. Deshalb verstehe ich auch nicht ganz, dass das als Rückfallebene bezeichnet wird. Aber ich nehme zur Kenntnis, dass das Postulat formell beantwortet ist, und es daher abgeschrieben werden kann. Danke schön.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Präsident, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Aufgrund der reduzierten Anwesenheit des Gesamtgemeinderats darf ich dieses Geschäft anstelle von Vizepräsident Franz Vogt hier vertreten. Ich bin nun, Matthias Häuptli, dankbar für deine Ausführungen. Ich glaube, wir können die ganze Sache ein wenig abkürzen. Ich muss eigentlich nicht mehr so viel sagen. Da ich mich aber schon vorbereitet habe, denke ich, werde ich das auch sagen. Ihr habt gesehen, der Gemeinderat setzt alles daran, dass die erwartete Verkehrsbelastung in der Binningerstrasse reduziert wird. Wir haben das Wichtigste ... – also ich meine, das Papier oder der Bericht an den Einwohnerrat ist umfassend. Das Wichtigste kommt aber wie so häufig am Schluss, nämlich bei den Schlussfolgerungen, bei denen man deutlich sieht, dass es dazu nicht nur eine Massnahme benötigt, sondern halt wie immer das Abstimmen von unterschiedlichen Aspekten nötig ist.

Im Zentrum stehen aber nutzungsplanerische und verkehrstechnische Handlungsfelder. Mit den verkehrsreduzierenden Massnahmen soll erreicht werden, dass insbesondere der motorisierte Individualverkehr, also das Aufkommen des motorisierten Individualverkehrs, langfristig eben nicht zunimmt. Das ist genau jenes Anliegen, welches die Postulanten verfolgt haben. Dazu braucht es aus unserer Sicht verbindliche Vorgaben in den Quartierplänen, dass man sagt, es sollen eben autoarme Siedlungen geben. Der öffentliche Raum soll hinsichtlich öV und Fuss- und Veloverkehr optimiert werden. Auch hier sind wir an der Sache dran. Eine zentrale Massnahme ist aber ganz klar die Verlängerung der Tramlinie 8. Ich glaube, so sehen es alle, denn damit kann man die Leute dazu bewegen, auf das Tram umzusteigen. Jeder, der aufs Tram umsteigt, ist nicht mit dem Auto unterwegs.

---

---

Ein weiterer, anderer Aspekt oder Massnahme ist aber der Ausbau und die Qualitätssteigerung der Fuss- und Velonetze. Dies nicht zuletzt allein nur an der Binningerstrasse. Ich bin davon überzeugt, dass wir bis jetzt alles gemacht, unternommen, alles angedacht haben, womit das Ziel, eben dass die Verkehrsbelastung an der Binningerstrasse reduziert wird, erreicht wird.

Vielleicht nun noch ein Thema zum Fahrtenmodell, welches angesprochen wurde: Ich meine, auch das geht aus dem Bericht, zumindest in einer Fussnote hervor, dass im Kanton Basel-Landschaft effektiv die gesetzlichen Grundlagen fehlen. Ich meine, das muss einleuchten, dass wir so etwas nicht anstreben können, wofür wir die gesetzlichen Grundlagen gar nicht haben. Ich bin, ebenso wie der Gesamtgemeinderat der Meinung, dass man das Postulat abschreiben kann und beantragt das selbstverständlich auch gerne. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Merci. Jetzt wären Fraktionssprecherinnen und -sprecher an der Reihe, wenn sich jemand bei Stephan Wolf melden möchte? Dann kannst du auch gleich die Rednerliste führen.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Es gibt seitens der Fraktionssprecher keine Wortmeldung. Gibt es sonstige Wortmeldungen? Also Sandro Felice und anschliessend Ueli Keller.

**Sandro Felice**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Auch ich bedanke mich für die Beantwortung des Postulats. Es sind sicher ganz viele gute Massnahmen und eine gute Übersicht über das, was alles angedacht ist, aufgeführt. Wie erwähnt wurde, die Tramlinie 8, diese Verlängerung, ist die zentrale Massnahme, was ich in der Antwort nun nicht sehe. Das heisst für mich also, die Hauptverkehrsströme müssten in diesem Fall Richtung Basel sein, denn die Tramlinie 8 fährt doch einfach zum Bahnhof Basel. D. h. es sind entweder ganz viele Leute, die vom Neubad ins Binningerstrasse-Gebiet kommen oder es sind ganz viele Leute, die an den Bahnhof müssen. Da sehe ich den Zusammenhang nicht ganz, wie denn nun die zentrale Massnahme die Tramlinie 8 ist. Denn auf der anderen Seite steht, dass es Wohngebiet werden soll, damit ein Gegengewicht zum Hegenheimermattweg entsteht, wo es viele Arbeitsplätze gibt. Dort bringt das Tram so weit nichts. Das Zweite ist: Es hat dort viele Einkaufs- und Dienstleistungsgebiete für Allschwil, natürlich auch für die Agglomeration, aber insbesondere für Allschwil bringt zum dort Einkaufen ein Tram eigentlich nichts. Ich habe in der Antwort nicht gesehen, wie man analysiert hat, dass die Verkehrsströme so sind, und wie genau die Tramlinie 8 vor allem und insbesondere die zentrale Massnahme es bringen soll, damit die Verkehrsströme reduziert werden.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Ueli Keller hat das Wort.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe Fragen zur Tramverlängerung, 8er-Tramverlängerung. Zuerst möchte ich aber die Gelegenheit nutzen zu sagen, dass es mich ausserordentlich freut, dass bei diesem Geschäft der Kanton Basel-Landschaft und der Kanton Basel-Stadt mit Allschwil zusammenarbeitet. Das freut mich ausserordentlich. Das ist ein altes Anliegen, welches ich schon immer wieder versucht habe, beliebt zu machen. Deshalb vielen Dank. Was noch fehlt, ist die Zusammenarbeit mit dem Elsass. Es sind immerhin Zehntausende Menschen davon betroffen, ob man im Dreiland zusammenarbeitet oder nicht. Alltäglich und sehr wesentlich. Nun zu meinen Fragen zur Tramverlängerung. Sie wurde auch von der Gemeindepräsidentin als Kernstück dieses Projekts oder des Masterplans Binningerstrasse bezeichnet. Kernstück und nicht Herzstück, ich möchte kein heisses Thema aufkochen. Mir ist bewusst, dass der Kanton für die Tramverlängerung zuständig ist. Ich habe es als Mitglied des Unterstützungskomitees gegen die Tramverlängerung vom 14er von Pratteln nach Augusta Raurica erlebt. Verstehen Sie mich aber jetzt bitte nicht falsch. Ich möchte hier nun nicht androhen, dass ich ein Referendum gegen die Tramverlängerung vom 8er, aber es ist der Bevölkerung klar darzulegen, dass ein allfälliges Referendum eben im Kantonszusammenhang erfolgen müsste. Nun meine Fragen: Obwohl ich mir bewusst bin, dass der Gemeinderat nicht entscheidend ist, möchte ich gerne vom Gemeinderat wissen, was er zur Tramverlängerung vom 8er nur bis zum Gartenhof meint – 1. Frage. Die 2. Frage ist: Was meint der Gemeinderat zu einer Tramverlängerung im Sinne eines Ringschlusses Süd, wobei das 8er-Tram bis zur Binningerstrasse führen und dann in den 6er münden würde, oder, wobei das 8er-Tram durch die Fabrikstrasse führen und dort in den 6er münden würde, und beides mit einer Verlängerungsmöglichkeit zum Bachgraben und schlussendlich auch ins St. Johann. Meine 3. Frage, die ich habe: Was meint der Gemeinderat zur Frage, dass eine Tramverlängerung 8 eigentlich überflüssig sein könnte, weil man mit einer Busringlinie ab der S-Bahnstation Morgartenring sehr viele Gewerbegebiete und auch Wohngebiete von Allschwil erschliessen könnte. Das sind meine drei Fragen. Ich bin auf die Antworten gespannt.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Gut, dann gehe ich davon aus, dass ich das Wort der Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli erteilen kann.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ja, geschätzter Ueli, geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Die Fragen, die du im Plenum stellst, sind natürlich Fragen, die wir uns alle auch schon gestellt haben, und denen wir intensiv nachgegangen sind. Vor allem die erste und zweite Frage kann ich zusammennehmen. Was wir von der Tramverlängerung 8 nur bis Gartenhof halten und eben die Frage, was wir davon halten oder dazu meinen, wegen des Ringschlusses Süd. Ich meine, diese zwei Fragen kann ich zusammen beantworten. Diese Frage, die haben wir, wie erwähnt, im Gemeinderat intensiv diskutiert. Wir haben verschiedene Lösungsvarianten in ganz groben Bereichen angeschaut und auch zusammen mit dem Kanton angeschaut. Ich hoffe, dass, wenn ich etwas Falsches sage, meine Gemeinderatskollegen und -kollegin zurückbinden, aber ich meine, es wurde zusammen mit dem Kanton angeschaut. Wir mussten uns da quasi eingestehen, es wäre im Moment einfach zu viel, wir würden das Fuder beinahe überladen, wenn wir jetzt die konsequente Linie verfolgen würden, nämlich gewissermassen eine Verbindung des 8er-Trams mit dem 6er-Tram, oder mit welchem sie dann am Schluss auch immer sein wird. Aber einfach in dem Sinne, dass es eine Weiterführung geben soll, als nur bis zum Gartenhof. Mit anderen Worten: Im Gemeinderat wären wir sehr dankbar, wenn es weitergedacht werden würde. Das ist aber auch ein Thema, welches im Landrat diskutiert werden muss. Es ist sicher nicht ein Thema, welches wir in Allschwil allein diskutieren können. Selbstverständlich aber dürfen und müssen wir es im Gemeinderat prüfen. Mit anderen Worten, wir würden es sehr begrüßen, mussten aber am Schluss sagen, im Moment wäre es einfach noch zu früh und zu viel verlangt. Deshalb sahen wir letzten Endes in diesem Sinne auch davon ab. Nun zu deiner dritten Frage, Tramverlängerung 8 als überflüssig zu betrachten: Diese Frage, meinte ich, haben wir im Gemeinderat nie wirklich diskutiert, ist aber auch eine, zu der uns immer erklärt wurde, sie stelle sich gar nicht, weil ein Tram einfach viel mehr Kapazitäten aufnehmen kann und einen viel Grösseren, quasi einen Punkt setzen kann, damit die Leute auch tatsächlich vom motorisierten Individualverkehr auf den öV umsteigen. Deshalb sind wir nie auf einer anderen Schiene gefahren. Ich hoffe, das reicht als Antwort.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Gut, Ueli Keller hat das Wort.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke schön für diese Antwort, die ich aber als einerseits hoffnungsfroh und andererseits als recht unkonkret entgegennehme, wenn ich das ehrlich sagen darf. Ich habe noch eine Nachfrage. Ich bemühte mich schon vor zwei Jahren darum, diese Tramverlängerungsstudie zu erhalten, die scheinbar hätte durchgeführt werden sollen, ich habe sie nicht erhalten. Ich weiss nicht, weshalb. Kann man sie bekommen?

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Ich erteile das Wort noch einmal der Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich denke, dass man sicher ausfindig machen kann, wo sie ist und man sie dir zustellen kann.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Das Wort hat noch einmal Sandro Felice.

**Sandro Felice**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, meine Frage, ich habe es nicht als Frage formuliert, aber es war meine Frage: Befinden sich denn die Hauptverkehrsströme dort, wo die Tramlinie hinkommt? Das habe ich in der Postulatsbeantwortung nicht gesehen. Denn, wenn das die zentrale Massnahme ist, müssten eigentlich die Hauptströme dort sein, sonst ist nicht die zentrale Massnahme.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Das Wort hat noch einmal Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Soweit ich mich erinnern mag, haben wir die Verkehrsströme selbstverständlich abgeklärt, und zwar umfassend. Wir haben gesehen, dass es eben notwendig ist, wenn wir dieses Gebiet Binningerstrasse weiterentwickeln wollen, eine weitere öV-Station in diesem Sinn installieren müssen.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Und deshalb frage ich die Antragsteller an, ob sie im Sinn von § 81 des Geschäftsreglements noch das Schlusswort ergreifen möchten. Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist die Rednerliste definitiv erschöpft.

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Somit ist die Diskussion abgeschlossen, und wir kommen zur Abstimmung über den Antrag des Gemeinderats auf Seite 8:

Gestützt auf diese Ausführung beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen: Das Postulat, Geschäft 4589 wird als erledigt abgeschrieben. Wer dem zustimmen möchte, soll das mit der Karte bestätigen. Gegenstimmungen? Enthaltungen?

**://:**

Das Geschäft ist einstimmig, mit einer Enthaltung, wenn ich es richtig gesehen habe, abgeschrieben. Besten Dank.

Wir kommen noch zur Schlussabstimmung über das gesamte Geschäft. Wer das gesamte Geschäft gerne abschreiben möchte, soll das jetzt mit der Karte bestätigen. Enthaltungen?

**://:**

Das Geschäft ist als Ganzes einstimmig abgeschrieben.

01.030      Einwohnerrat

### **Traktandum 2**

Interpellation von Melina Schellenberg, SP-Fraktion, vom 25.1.2023, betreffend  
Gefährliche Ausfahrt der Tiefgarage zwischen Baselmattweg 140 und 142  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4656 / A

---

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Die Rednerreihenfolge ist Interpellantin, Melina Schellenberg, dann der Gemeinderat Philippe Hofmann.

**Melina Schellenberg**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Es freut mich, dass meine Interpellation so zügig und ausführlich beantwortet wurde. Was mich allerdings nicht so freut, ist der Inhalt dieser Antwort. Was in der Beantwortung aufgezeigt wird, ist der Sollzustand. Es wird gesagt, dass auf beiden Seiten der Garagenausfahrt der zulässige Parkraum mittels markierter Parkfelder unmissverständlich definiert ist. Dem kann ich völlig zustimmen. Weiter wird aber gesagt, dass, sofern keine Fahrzeuge verbotenerweise ausserhalb der markierten Parkfelder abgestellt werden, aus polizeilicher Sicht kein bauliches Manko vorliegt. Das ist in meinen Augen der Knackpunkt – sofern! In der Realität sieht es so aus, dass immer wieder ausserhalb dieser Parkfelder parkiert wird. Wie man es auch auf den von mir beigelegten Bilder sehen kann, versperren die falsch geparkten Autos die Sicht. Da spielt es auch keine Rolle, ob die Autos, wie im Bericht erwähnt, mehrheitlich die der Anwohnenden sind oder ob auch Personen von sonst wo ihr Auto dort abstellen. Dass die Polizei konsequent Bussen ausstellt, wenn sie falsch geparkte Autos bei der Ausfahrt feststellt, ist natürlich ein guter Schritt in die richtige Richtung. Wenn aber der Ist-Zustand doch noch ein Stück weg vom Soll-Zustand ist, wären hier gegebenenfalls mehr Kontrollen nötig. Auch wenn der Gemeinderat nicht der Meinung ist, dass ein Verkehrsspiegel oder eine andere Massnahme nötig wäre, möchte ich doch noch einmal zwei Vorschläge mit auf den Weg geben, sei es dem Gemeinderat oder an die Abteilung Sicherheit: Da die Höhe des bisherigen Bussengeldes anscheinend nicht genügend Anreiz bietet, das Auto nicht so nah an die Ausfahrt zu parkieren, wäre in meinen Augen ein Halteverbot eine mögliche Option, um die Leute doch eher zum Umparkieren zu bewegen. Alternativ wäre es meiner Meinung nach eine Möglichkeit, einen tiefen Blumentopf oder ein anderes, gut überschaubares Hindernis auf diese Fläche zu stellen, was das Parkieren auf einfache aber effiziente Art und Weise schlicht verunmöglicht. Besten Dank.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Gut, das Wort hat Gemeinderat Philippe Hofmann.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Präsident, geschätzte Interpellantin. Danke schön, dass du bereits alles brav vorgelesen hast, was ich sonst erzählt hätte. Der Inhalt habt ihr nun gehört, was der Sachverhalt nämlich ist. Tatsächlich ist es so, dass wir den Ist-Zustand in gewisser Hinsicht beschrieben. Das ist aber nicht so, weil wir keine anderen Lösungen zeigen wollen, sondern weil es schlichtweg schwierig ist, eine andere Lösung umzusetzen. Ich gehe deshalb ganz kurz darauf ein, was am Schluss gesagt wurde, damit wir das zeitnah aufgreifen

---

---

können. Das mit dem Halteverbot – ich nehme das gerne mit. Ich befürchte einfach, dass wir es mit den VSS-Normen nicht unbedingt durchsetzen können. Ich kenne sie nicht auswendig, aber das ist etwas, was die Abteilung Sicherheit einfach prüfen kann, ob man dort überhaupt ein Halteverbot anbringen kann oder darf oder ob nicht. Das wäre möglich. Dann müsste man schauen, wie man es tun könnte. Dennoch, wenngleich ein Halteverbot dort gelten würde, hindert das niemand daran, wenn ein gelber Streifen vorhanden ist, seinen Karren hinzustellen. Damit ist das Problem per se nicht gelöst. Wenn wir nun weiterdenken und sagen, wir stellen einen Blumentopf dorthin, dann frage ich mich wiederum genau dasselbe, wie sieht es aus mit der Möblierung der Strasse, darf man das, kann man das, ist es sinnvoll und vor allem, das versperrt ja dann garantiert zusätzlich die vorhandene Sichtweise. Das kann man dann garantiert monieren, versus freie Fläche. Was nun halt mal ist, das muss man einfach sagen, es gibt halt einfach Situationen, in denen kann man nicht immer überall und allem Herr werden. Ich möchte ganz klar betonen: Wir haben VSS-Normen, die sind mit den vorhandenen Abständen eingehalten. Jeder, der aus der Garage herausfährt, muss sich einfach den Umständen entsprechend langsam auf die Strasse rausbewegen. Das ist, wie wenn ich irgendwie im Tessin in einem Bergdorf ums Eck fahre, wo ich fast nichts sehe, wo es halt auch schmal ist, dann muss ich mich dort auch im Schritttempo oder was auch immer bewegen und kann mich nicht darauf verlassen, dass ich halt irgendwie ein Auto oder Vortritt oder sonst irgendwas habe. Notabene, wenn man aus einer Parkausfahrt oder Garagenausfahrt kommt, hat man ohnehin keinen Vortritt, das schon gar nicht. Zuallererst kommt noch das Trottoir, über das man fahren muss. Also, Vorsicht ist in jedem Fall geboten. Aber man kann nicht alles und jeden Fall ausschliessen. Wenn es dort zu Schwierigkeiten kam, das kann ich mir durchaus vorstellen, lässt es sich aber auch nicht mit einem Strich am Boden aus dem Weg räumen. Vielleicht noch zum erwähnten Spiegel. Es wurde ausgeführt, wir von der Gemeinde haben dazu eine konsequente Haltung, dass wir das eigentlich nicht unterstützen wollen. Vor allem, weil ein Spiegel auch eine trügerische Sicherheit bietet und insbesondere, weil man die, die man am meisten schützen möchte, nämlich Fussgänger oder jene, die auf dem Velo unterwegs sind, je nachdem, wie die Verzerrung ist, oder wie weit weg sie sich befinden, darin eben gar nicht richtig erkennen kann. Somit ist letztlich niemandem Recht getan. Ich würde dringend davon abraten, diesen Weg weiterzugehen.

Deshalb, was bleibt als Ganzes übrig? Ich nehme das, betreffend Halteverbot, aus reinem Goodwill mit, damit man das mit der VSS-Norm irgendwie prüfen kann. Aber auch hier gebe ich zu bedenken, mit einem Strich am Boden ist das Problem nicht gelöst. Einfach, dass man das weiss. In diesem Sinn würde ich sagen, beantragt der Gemeinderat, die Interpellation so abzuschreiben.

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Ich frage die Interpellantin, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

**Melina Schellenberg**, SP-Fraktion: Teilweise. Ich möchte mich gerne dafür bedanken, dass die Vorschläge mitgenommen werden. Ich freue mich sehr, dass das geprüft wird. Ich muss aber sagen ... – ich denke, es ist schwierig zu sagen, man hat doch zwar irgendwie die Möglichkeit, gewisse Gesetze zu machen, damit man die Möglichkeit hat, Parkplätze schön einzudämmen, damit man zwar die Möglichkeit hat, gegebenenfalls ein Halteverbot anzubringen, aber eigentlich gar keine Mittel hat, das zu überprüfen. Ich finde es schon etwas schwierig zu sagen, dass man zwar in der Theorie Mittel hat, die man aber in der Praxis nicht durchsetzen kann. Ich meine, das ist eine sehr schwierige Haltung.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Das ist im Strassenverkehr leider eine Tatsache. Das ist wie mit den 120 auf der Autobahn, so steht es angeschrieben. Aber wie viele deshalb auch 120 oder nicht 120 fahren, steht auf einer anderen Kiste. Dort, wo es kein Radar gibt, wird es auch gar nicht erfasst. Das ist so. Das ist die Wahrheit, die es im Strassenverkehr halt gibt. Wir haben die Mittel, die wir machen. Wir gehen es kontrollieren, die Polizei ist unterwegs. Da werden alle Verfehlungen geahndet, die man feststellt. Das heisst aber nicht, dass es deshalb nicht mehr vorkommt. Das muss man halt einfach akzeptieren.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Noch einmal Melina Schellenberg.

**Melina Schellenberg**, SP-Fraktion: Also, wie zuvor erwähnt, man hat doch gewisse Mittel. Dann wäre es doch angemessen, diese Mittel auch einzusetzen, so wie mit diesen Kontrollen. Zusätzlich zum Vorherigen betreffend Blumentopf: Ich habe, wie erwähnt, einen tiefen Blumentopf gemeint, und wenn man nun nicht mit dem Dreirad auf der Strasse unterwegs ist, sollte man wunderbar darüber hinwegsehen können. Man muss ja keine Palme auf die Strasse stellen, das können auch ein paar Primeln sein. Besten Dank.



---

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Die Fraktionssprecherinnen und -sprecher können sich jetzt äussern, dann ist die allgemeine Rednerliste an der Reihe. Bitte sich bei Stephan Wolf melden.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Gibt es Wortmeldungen seitens der Fraktionssprecherinnen und -sprecher? Pascale Uccella, bitte.

**Pascale Uccella**, AVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich hielt es für sehr spannend, diese Interpellation ein wenig zu lesen. Ich muss Gemeinderat Hoffmann recht geben. Ich wohne dort. Ich möchte etwas gleich mitteilen: Danke schön für die mittlerweile blaue Zone im Baselmattweg. Es hat dort nämlich mittlerweile viel weniger Autos, und sie stehen auch nicht mehr davor, denn jetzt hat es in der blauen Zone für uns Allschwiler Platz. Das ist schon ein grosser Vorteil. Denn zuvor war es so, wie du es erwähnt hast oder wie man es sieht, wie die Autos dort vorher parkten. Das sind aber auch jene Personen, die dort wohnen, und vielleicht schnell etwas ausladen möchten. Ich denke, es ist viel schwieriger, was ich gerne dazu sagen möchte: Dieses Stück, auf welchem Einbahn gilt – das ist jenes beim Altersheim und bei der Ausfahrt dieser Garage, oder besser gesagt der Einfahrt, es ist die Einfahrt – meine ich, ist lebensgefährlich, weil sehr viele Autos plötzlich entgegenkommen. Denn die sehen das kleine Stück Einbahn nicht. Das ist vielleicht auch etwas, was man zum Überprüfen mitnehmen könnte. Danke vielmals.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Jetzt ist es möglich, dass ich Matthias Häuptli zuvor übersehen habe. Falls ja, dann wäre das keine böse Absicht gewesen. Aber er verneint bereits. Dann hat Mark Aellen das Wort.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Es ist vielleicht eine pingelige Anmeldung, aber wir sprechen in dieser Interpellation nicht vom Verhindern aller möglichen Unfälle. Es geht um eine Risikoreduktion. Sagen, wir können es machen, aber es wird ohnehin nichts bewirken, im Sinn von einer totalen Verhinderung, ist als Grund nicht adäquat. Man kann sagen, die Massnahme ist zu teuer für den erzielten Zweck oder ähnlich, aber nicht einfach, es bringt ohnehin nichts, denn Unfälle können passieren. Dann bräuchten wir nämlich all die Reglemente nicht, denn Unfälle geschehen ohnehin.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Das Wort hat Jörg Waldner.

**Jörg Waldner**, SVP-Fraktion: Grundsätzlich bin ich betreffend Spiegel der Meinung des Gemeinderats, muss aber sagen, das mit dem Halteverbot ist gar keine dumme Idee. Da spreche ich nun einfach aus meiner Berufserfahrung heraus. Eine gelbe Linie am Boden, die 120 Franken kostet, verhindert viel. Da spreche ich nun aus Erfahrung.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Mehmet Can hat das Wort.

**Mehmet Can**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich finde es toll, dass man die gelbe Linie bemerkt, bzw. vermerkt. Allerdings bedingt das auch, dass vermehrte Kontrollen durchgeführt werden müssen. Ich bin überzeugt, dass wenn die Kontrollen tatsächlich durchgeführt würden, wäre wahrscheinlich auch ... – ja, würde man etwas weniger wagen, dort zu parkieren. Ich sehe in den Quartieren, dass weniger Kontrollen durchgeführt werden. Ohne dass ich jemandem zu nahe treten will, aber wie zuvor erwähnt, wenn vermehrte Kontrollen stattfänden, würde dort auch weniger parkiert, entsprechend auch die ganze Angelegenheit gelöst werden. Danke.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Gemeinderat Philippe Hofmann hat das Wort.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Das "würde werden", fasse ich als Unterstellung auf. Ich nehme an, dass das nicht so gemeint ist, hoffentlich nicht, denn es ist ganz klar, erwiesenermassen, dass wir dort Kontrollen durchführen. Das weiss ich. Das haben wir auch gemacht, als wir z. B. Geschwindigkeitskontrollen durchführten. Die Polizei ist unterwegs, sie ist überall unterwegs. Zu unterstellen, wir würden keine Kontrollen durchführen, wir hätten es vernachlässigt, ist nicht statthaft. Gegen das verwehre ich mich.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Es gibt offensichtlich keine weiteren Wortmeldungen. Daher frage ich Melina Schellenberg an, ob sie im Sinn von § 81 des Geschäftsreglements das Schlusswort ergreifen möchte. Das ist nicht der Fall. Damit ist die Rednerliste definitiv erschöpft.

---

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Eine Diskussion findet statt, wenn kein Gegenantrag vorliegt. Das ist nicht der Fall. Somit ist die Interpellation als beantwortet und als erledigt abgeschlossen. Es gibt keine Abstimmung.

01.030

Einwohnerrat

**Traktandum 3**

Motion von Christian Jucker, GLP, vom 10.1.2023, betreffend  
Wegmatten bleibt (für immer) grün  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4655

---

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Die Geschäftsvertretung heute hat Robert Vogt. Die Rednerreihenfolge ist die antragstellende Person, Christian Jucker, dann Gemeinderat Robert Vogt, dann die Fraktionssprecherinnen und -sprecher und Rednerliste.

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich möchte vielleicht ganz kurz ausholen, wie ich überhaupt auf diese Motion kam. Ursprünglich, damals, zur Zeit der Abstimmung war mir das ganze Projekt und der Park viel zu gross und zu teuer und zu umständlich. Ich hatte, wenn ich mich richtig erinnere, sogar dagegen gestimmt. Aber über die Jahre ist mir dieser Park eigentlich immer mehr ans Herz gewachsen, und ich sehe, was dort alles geschieht, wie der auch schön wurde und wie er das Dorf essenziell belebt. Auch jetzt in den vergangenen Jahren, in denen ein vielfältiges Angebot kam und Veranstaltungen stattfanden, seien das die Skating Bahn oder ein Theater im Sommer oder die Buvette etc. – es wurde etwas wirklich Gutes geschaffen. Ich glaube, es kann sich bald niemand mehr vorstellen, das ist auch ein Feedback, welches ich von vielen Leuten in Allschwil erhalten habe, dass man den mittleren Teil, die sog. Landreserve in irgendeiner Form wieder überbaut. Sei es mit einem Schulhaus oder wie ursprünglich mit einem Shopping-Center oder was auch immer. Ich denke nicht, dass jemand realistisch daran denkt, dass man dort etwas bauen würde. Das war eigentlich die Motivation für diese Motion. Ich denke, es ist Zeit, dass wir nun versuchen zu entscheiden, was mit der sog. Landreserve geschieht. Im Zonenplan ist sie grundsätzlich als öffentliches Werk, als Park vermerkt. Aber im Hinterkopf von vielen Leuten steht es noch als Landreserve, die man einsetzen könnte, falls man sie bräuchte. Deshalb möchte ich eigentlich wirklich festlegen, oder dass wir uns hier im Rat entscheiden, was damit geschieht. Das ist nicht eine explizite Entscheidung, ob und in welcher Zone es steht, ändert sich wahrscheinlich nicht einmal, ich glaube, das war auch in der Begründung zur Nichtentgegennahme sehr gut beschrieben. Deshalb möchte ich die Motion eigentlich in ein Postulat umwandeln, damit wir in einer schriftlichen Form hätten, welches die politische Position des Gemeinderats zu dieser Landreserve ist, und damit eine Ausgangslage haben, um weiter damit arbeiten zu können. Deshalb möchte ich den Rat bitten, das umgewandelte Postulat entgegenzunehmen. Danke schön.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Vizepräsident, geschätzte Damen und Herren. Ich würde gerne dazu Stellung nehmen, bevor wir nun das Postulat zur Diskussion stellen. Auch der Gemeinderat schätzt natürlich den Wegmattenpark in besonderem Masse. Er ist für das ganze Gemeindegebiet von grosser Bedeutung. Er ist aber auch der Meinung, dass es vor zehn Jahren eine Volksabstimmung war, die sagte, dass das Areal auf der Wegmatten dreigeteilt genutzt werden soll. Und zwar ein Drittel für *betreutes Wohnen*, was im Übrigen nun in diesem Jahr fertiggestellt wird, also eröffnet wird, die Wohnungen gehen in Betrieb. Zweitens eben der Spielplatz und der Park im Westen des Areals und in der Mitte eben diese strategische Reserve. Ich bin überzeugt, dass sich der Einwohnerrat davor hüten sollte, diese strategische Reserve zehn Jahre später aufzugeben und für eine Nutzung freizugeben, die da heisst: *für immer grün*. Denn der Gemeinderat legt grossen Wert auf Flexibilität, auf strategische Reserven, weil wir ja heute mit Sicherheit sagen können, dass der Gemeinderat auf der Wegmatten Mitte keine Bauprojekte plant, dass wir also damit heute nichts im Sinn haben, aber auch für später nichts zementieren wollen. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass man auf keinen Fall die Motion entgegennehmen soll, und auch das Postulat würde ich jetzt als beantwortet betrachten.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Christian Jucker, bitte.

---

---

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Das Postulat ist mit der Nichtentgegennahme in diesem Text nicht beantwortet. Man müsste eine richtige Antwort des Postulats haben. Formell ist die Nichtentgegennahme keine Dokumentation, das erscheint danach nicht mehr. Das wäre ein anderer Prozess.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Gut, dann frage ich die Fraktionssprecherinnen und -sprecher an, ob es Wortmeldungen gibt. Das Wort hat Claudia Sigel und anschliessend Lucca Schulz.

**Claudia Sigel**, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Sehr geehrte Anwesende. Die Mitte-Fraktion unterstützt das Postulat. Die Mitte-Fraktion ist sehr für die Erhaltung dieses Wegmattenparks, mit Betonung auf Park. Im Sinn der Verdichtung wird immer mehr gebaut. Wir möchten wenigstens die Grünflächen, die – ich bin genau deiner Meinung – wirklich sehr viel zum Allgemeinwohl beitragen, und die auch meinen Fraktionskolleginnen und -kollegen und mir immer Freude machen, unbedingt beibehalten und bewahren. Wir halten das Postulat für eine gute Sache, und dass der Gemeinderat es einmal näher betrachtet und danach auch berichtet, wie es umgesetzt werden kann. Danke vielmals.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke. Nun hat Lucca Schulz das Wort und anschliessend Martin Münch.

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Bezüglich Wegmattenpark ist auch für die SP-Fraktion der Volksentscheid weiterhin entscheidend, bei dem diese Dreiteilung des Areals vorgesehen ist und auch einschliesst, dass ein Teil als Reserve genutzt werden kann. Aber auch wir sehen momentan keinen Bedarf, diese Reserve zu benötigen. Wir möchten auch, dass diese Grünfläche erhalten bleibt. Wir begrüssen es deshalb, dass der Motionär es in ein Postulat abgeändert hat, und damit die Gelegenheit hat, um klar zum Ausdruck zu bringen, dass wir möchten, dass es vorerst grün bleibt, und der Gemeinderat diese Nachricht mitnehmen kann. Wir unterstützen es natürlich auch, dass der Gemeinderat einen formellen Bericht erstellen kann, auf den man ihn stärker darauf behaften kann, als auf die Begründung zur Nichtentgegennahme. Daher wird die SP-Fraktion grossmehrheitlich das Postulat unterstützen.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Martin Münch hat das Wort und anschliessend Miriam Schaub.

**Martin Münch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir von der FDP-Fraktion unterstützen auch das Postulat nicht. Auch wir sind überzeugt, dass dieser Park grossartig ist, ich schätze ihn sehr. Vor allem auch über Mittag, ich bin regelmässig im Park. Ich finde diese Grünfläche ganz wichtig. Wir haben aber gesagt, es ist eine Landreserve. In der aktuellen Lage sind wir nicht in der Position, bereits jetzt vorhandene Landreserven aufzugeben. Wir haben ein grosses Wachstum. Du hast von einem Schulhaus gesprochen, das möchte ich nun nicht in den Mund nehmen, überhaupt nicht. Trotzdem halte ich es als Landreserve für ein wichtiges Gebiet, man sollte sich das nun nicht bereits verbauen. Ich glaube, der Gemeinderat hat mitgenommen, dass man den Park als Landreserve schätzt. Das muss nicht auch noch in einem Postulat bearbeitet werden, worin die Antwort ja sowieso bereits klar ist. Deswegen werden wir es auch ablehnen.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke vielmals. Dann hat Miriam Schaub das Wort.

**Miriam Schaub**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Vizepräsident, liebe Anwesende. Unsere Fraktion bittet euch wirklich, es auch im Sinn eines politischen Statements zu überweisen. Der Wegmattenpark hat sich wirklich so wundervoll entwickelt, der wird von Jung und Alt dermassen genutzt. Ich würde ihn wirklich auch als *Super Generationenprojekt* bezeichnen. Er hat solch eine Strahlkraft, ich finde, der kann wirklich mit dem Schützenmattpark konkurrenzieren. Ich bin wirklich so oft dort und denke, hey, hoffentlich wird das nie überbaut. Es ist wirklich ... – ich glaube, die Bevölkerung konnte sich gar nicht vorstellen, wie es ist oder wie grossartig er wird. Ich glaube, es wäre für viele Leute schlimm, wenn es ihn nicht mehr geben würde. Wie bereits Claudia Sigel erwähnt hat, Allschwil wird immer dichter verbaut. Umso wichtiger werden die Grünflächen, auf denen man mal durchatmen kann und man vielleicht auch, eben gerade zwischen den Hochhäusern, irgendwie wenigstens noch halbwegs in die Weite sieht. Gerade auch, wenn ich jetzt vom Gemeinderat höre, dass man das nicht zementieren will. Wenn es dann verbaut ist, ist es dann zementiert. Es gibt vielleicht auch Leute ... – Wenn man jetzt einfach sagt, man habe für diese Dreiteilung gestimmt ... – Also ich habe auch dafür gestimmt, aber ich habe für einen Park und fürs *betreute* Wohnen gestimmt ... es ist schwierig. Ich

möchte einfach noch einmal im Sinn auch eines politischen Statements euch bitten, zuzustimmen. Danke.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Mark Aellen und anschliessend Matthias Häuptli.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich bin zwar nicht Fraktionssprecher, aber ich denke, ich darf trotzdem. Es freut mich sehr, dass der Einwohnerrat nach vielen, vielen, vielen Jahren, in denen er versuchte, die Wegmatten zu überbauen – und zwar einstimmig, alle Parteien haben dafür gestimmt – dass es jetzt doch langsam durchsickert, dass ein Park eine wertvolle Anlage ist. Ich bin erschüttert, dass hier gesagt wird, das Volk hat sich gar nicht vorstellen können, wie ein Park ist. Wenn es sich das Volk nicht hätte vorstellen können, hätte die Meinung hier gewonnen und alles wäre bereits mit einem Coop-Center, mit Einfahrthalle und Kreisel und allem Wunderschönem überbaut. Ich danke dem Einwohnerrat, dass er endlich zur Erkenntnis kam, dass Grün wichtig ist. Deshalb freue ich mich über die Aussagen, auch wenn sie mich erschüttern.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Vielen Dank. Matthias Häuptli hat das Wort und anschliessend Ueli Keller.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die Ausführungen des Gemeinderats zeigen eigentlich, weshalb es jetzt diese Motion bzw. das Postulat benötigt. Wir haben nun die Situation, dass zwar der Park an sich, wenn man es rein rechtlich betrachtet, in einer ÖW-Zone mit der Zweckbestimmung Park liegt, dort steht nicht, dass es eine Landreserve sein soll, aber der Gemeinderat erachtet sich weiterhin als an das, was man damals bei der Abstimmung gesagt hat, dass es eine strategische Landreserve sein soll, gebunden. Das stand in den Abstimmungsunterlagen, es stand in der Vorlage, obwohl es formell nicht Teil des Beschlusses war. Dafür habe ich auch ein gewisses Verständnis, wenn der Gemeinderat sagt, so war der Auftrag und wir führen es weiterhin so. Aber deshalb braucht es halt jetzt einen politischen Entscheid, dass man mal das Label Landreserve rausstreicht und es dann auch aus der strategischen Planung der Gemeinde entfernt ist. Mir ist bewusst, die strategische Planung ist Aufgabe des Gemeinderats. Insofern ist es richtig, dass man es dem Gemeinderat in der Form eines Postulats mitgibt. Dann soll er es wirklich noch einmal gut überdenken, ob dieses Label noch richtig ist. Deshalb ist dieses Postulat zu überweisen. Danke schön.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich war damals als Parteiloser, noch nicht als Grüner, beim Initiativkomitee *Wegmatten bleibt grün* dabei. Für mich war damals schon klar, welch Bijou es für die Gemeinde werden kann, wenn die Wegmatten grün bleibt. Ich verhehle es nicht, ich war mit dieser Dreiteilung überhaupt nicht glücklich. Ich hätte gerne die ganze Wegmatten grün erhalten. Das ist sie jetzt nicht mehr. Umso mehr bin ich nun der Meinung, dass man das mit der strategischen Landreserve jetzt klären muss. Wow – strategische Landreserve, wow! Ich möchte klare Verhältnisse und möchte euch oder Sie darum bitten, der Vorstoss als Postulat zu überweisen, damit es endgültig klare Verhältnisse gibt. Danke schön.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke. Das Wort hat Andreas Bärtsch.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Sehr geehrte Anwesende. Wir haben nun viele schöne Worte gehört, und wir haben gehört, wie sich alle nicht vorstellen können, wie schön es geworden ist, usw. Wir können uns auch nicht vorstellen, was in zehn oder fünfzehn Jahren ist. Deshalb finde ich es ein völliger Blödsinn, wenn wir jetzt Landreserven, die man ausgeschieden hat, einfach aufgibt, und sie dann in zehn oder fünfzehn Jahren nicht mehr hat oder nicht mehr darauf zurückgreifen kann. Im Februar 2022 oder im Januar 2022 konnte sich in der Schweiz auch noch niemand vorstellen, dass in der Ukraine Krieg herrscht. Nun herrscht er, und wir wissen nicht, was uns die Zukunft bringt. Reserven sollte man behalten. Sie wird in den nächsten zehn, fünfzehn Jahren grün bleiben. Aber, sollten wir einmal einen anderen Bedarf für diese Landreserve haben, ob es jetzt strategisch ist oder nicht und ob das wow ist oder nicht ... – es ist eine Reserve, und die soll man nicht aufgeben. Deshalb stimme ich sicher nicht für das Postulat.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Das Wort hat Christian Jucker und anschliessend Gemeinderat Robi Vogt.

---

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte eigentlich noch auf zwei Statements antworten. Das Ganze klingt nun von Martin Münch oder auch von dir so, als wäre der Teil, die Landreserve, nicht wirklich genutzt oder so. Ich möchte eigentlich beantragen, dass wir diese Landreserve aktivieren, und zwar als Park, weil wir sie dann nämlich dem richtigen Bestimmungszweck zuführen. Es geht nicht darum, dass sie ungenutzt rumliegt, so, als hätten wir jetzt einfach auf dem Bankkonto etwas Geld, und wir sie später wegnehmen könnten. Sondern dass wir sie jetzt entsprechend aktivieren und sagen, diese Landreserve wird jetzt als Park genutzt. Ich glaube, Andreas Bärtsch, als Kommentar, das ist auch in der Begründung zur Nichtentgegennahme drin. Ich meine, juristisch gesehen ist nie etwas endgültig, oder? Wir können auch das Gemeindehaus wegsprengen oder man kann den Park nachher auch wieder überbauen. Das ist technisch und auch juristisch immer möglich. Es geht einfach darum, jetzt einen politischen Entscheid zu fällen, was mit der Landreserve geschehen soll. Danke schön.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke. Nun hat Gemeinderat Robi Vogt das Wort.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Vizepräsident, geschätzte Damen und Herren. Ich möchte noch darauf hinweisen, dass, wenn wir nun einen Schutz darüberlegen, besteht eine Gefahr, die bedeuten kann, dass man die jetzige Nutzung nicht mehr auf diese Weise, wie wir sie jetzt nutzen, wahrnehmen dürfte. Denken Sie daran, es steht dort jetzt eine Buvette. Wir haben auch eine Anlage, über die man mit den Velos brettern kann. Das könnte alles eingeschränkt werden. Mir, persönlich, ist es ein Anliegen, Ihnen zu erklären, eigentlich ist es heute so: zwei Drittel sind ein Park, und so soll er auch bleiben. Wenn etwas darauf zu stehen käme, hätten Sie als Einwohnerrat selbstverständlich die Möglichkeit, auch dann noch zu intervenieren. Und, als letztes Argument meinerseits: Wenn in zehn Jahren wieder jemand auf die Idee käme, den Schutz Grün wieder umzukehren, könnte der Einwohnerrat dies in zehn Jahren auch wieder umkehren. Ich sehe irgendwie nicht ganz den Sinn, das jetzt zu blockieren, es als strategische Reserve eigentlich zu verabschieden.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Dann hat jetzt das Wort Matthias Häuptli und abschliessend Etienne Winter.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich glaube, es ist hier allen klar, egal was wir heute oder morgen beschliessen über die Zuweisung zu einer Zone oder Nichtzuweisung, all diese Entscheide können später umgestossen werden. Wenn wir die Landreserven so belassen, wie sie sind, dann müssen wir sie nicht zu überbauen. Wenn wir sie in eine Grünzone geben oder einfach das Label Landreserve nicht mehr geben, kann man diesen Entscheid trotzdem später einmal ändern. Aber der Unterschied ist natürlich: Es gibt ja schliesslich auch eine Planung, es gibt eine Immobilienstrategie der Gemeinde. Es macht einen Unterschied, ob darin ein Stück Land, welches jetzt ein Park ist, immer als Reserve ausgewiesen wird, und jedes Mal, wenn ein Bauvorhaben kommt, man quasi prüfen muss, ob man dazu nun die Reserve nutzt oder ob das eben nicht der Fall ist. Wenn das Postulat überwiesen wird, und der Gemeinderat über die Bücher geht und sich noch einmal überlegt, könnte der Entscheid ja auch einfach lauten, dass man es nicht mehr als Landreserve behandelt, aber trotzdem in derselben Zone belässt. Das wäre z. B. eine denkbare Beantwortung. Danke schön.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Dann übergebe ich das Wort an Etienne Winter – er zieht gerade sein Wortbegehren zurück. Demnach hat das Wort Claudia Sigel.

**Claudia Sigel**, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Das Votum von Matthias ist nur zu unterstützen. Wir sprechen hier von einer Petition. Wir sprechen nicht von einer Motion. Was gehen wir hier schon in die Details? Wieso hat man bereits Angst vor irgendwelchen Beschlüssen? Es wäre einfach mal interessant zu hören, wie sich das der Gemeinderat vorstellen könnte.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Ich frage gleich Robi Vogt an, ob er noch etwas dazu sagen möchte.

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Vizepräsident, geschätzte Damen und Herren. Über ein Postulat hat der Gemeinderat nicht berichtet. Aber ich kann Ihnen versichern, das wäre überhaupt kein Problem, dass wir selbstverständlich, wenn Sie es überwiesen, prüfen und Ihnen berichten.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, frage ich Christian Jucker an, ob er im Sinn von § 81 des Geschäftsreglements das Schlusswort ergreifen möchte.

---

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Nein, ich glaube, ich verzichte auf ein weiteres Schlusswort.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Damit ist die Rednerliste erschöpft.

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Vielen Dank. Somit ist die Diskussion beendet und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dieses Geschäft, jetzt neu Postulat, Geschäft 4655 überweisen möchte, soll das mit Karte bestätigen. Danke. Wer ist dagegen? Danke. Enthaltungen?

**://:**

Sie haben dieses Geschäft 4655 mit 25 Stimmen gegen 7 Nein-Stimmen überwiesen.

01.030      Einwohnerrat

**Traktandum 4**

Postulat von Martin Imoberdorf, Melina Schellenberg, Noëmi Feitsma, Jean-Jacques Winter und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 15.2.2023, betreffend Vollzug Volksbegehren Vermeidung von Lichtverschmutzung  
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4660

---

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Die Rednerreihenfolge ist: Die antragstellende Person, jemand aus der SP-Fraktion, Etienne Winter, dann Gemeinderat Philippe Hofmann, die Fraktionssprecherinnen und -sprecher, die Rednerliste.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Geschätzter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Gemeinderat. Ich hoffe, nach dieser hitzigen Debatte noch ein bescheidenes Anliegen zum Schluss der heutigen Sitzung zu bringen. Das Postulat haben wir an der letzten Sitzung, die wir hatten, bereits eingereicht. Es fusst auf der gleichnamigen Interpellation, in der die SP-Fraktion mal fragte, wie die Wirkung hier im Einwohnerrat seit einem Jahr war, als der § 30 des Polizeireglements, Vermeidung von Lichtsmog, implementiert war, und entsprechend eigentlich in Kraft trat. In der Interpellation sieht man eigentlich summa summarum, dass die Wirkung, die erzielt wurde, relativ bescheiden ausfiel. Wir meinen, es ist auch ein bisschen Demut, die uns Mark Aellen heute wieder gelehrt hat, dass schlussendlich die Volksinitiative, die zustande kam, zurückgezogen wurde, aufgrund des Paragraphen, der dann implementiert wurde, dass das wahrscheinlich nicht die Idee war, oder resp. nicht dem Wirkungsgrad entsprochen wurde die 500 Personen, die in Allschwil das Begehren unterschrieben hatten, wahrscheinlich entspricht. In demselben Wortlaut im Sinn von Prüfen und Berichten, wie es auch im vorhergehenden Geschäft vorhanden ist, laden wir eigentlich den Gemeinderat ein, noch einmal über die Bücher zu gehen und mal zu schauen, welche Möglichkeiten hat der Gemeinderat in seinen Kompetenzen, dem Aspekt Lichtverschmutzung in Allschwil mehr Herr zu werden, oder welche Möglichkeiten der Gemeinderat sieht, es zu tun. Es ist eigentlich nichts anderes als eine Auslegeordnung, bei der heute nichts entschieden wird, sondern einfach, um das Thema wieder mal aufs Tapet zu bringen und auf der Gemeinde mal zu sagen, hat man gar nicht mehr Spielraum, das kann gut sein, oder wir haben vielleicht diese oder jene Dinge, führen aber vielleicht zu höheren Kosten, die wir haben müssen. Dann, wenn wir ein wenig eine Auslegeordnung haben, kann der Einwohnerrat weiter über das Thema befinden, ob man vielleicht mehr Ressourcen einbringen will, oder ob das, was wir bisher getan haben, uns allen genügt. Das ist eigentlich das, was wir haben, zwei Anträge. So ein wenig eine Motivation an den Gemeinderat: Geht das Thema nochmals an. Und der zweite Antrag, prüfen und berichten, ob der Einwohnerrat den Gemeinderat unterstützen kann. Es ist nicht mehr oder weniger eine Auslegeordnung. Sobald wir das Ganze schwarz auf weiss haben, können wir hier darüber debattieren und uns eine Meinung bilden, ob wir dem Anliegen mehr Gewicht geben wollen oder nicht. Das ist alles. Merci.

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Danke. Gemeinderat Philippe Hofmann, bitte.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Vizepräsident, geschätzte Postulanten. Das Geschäft 4660, so wie es vorliegt, widmet sich der Lichtverschmutzung. Man muss

---

aber auf das Geschäft 4113 zurückgehen, das war nämlich die mit den 520 Unterschriften überwiesene Volksinitiative. Ein Begehren der Initiative, die darin enthalten war und ganz klar lautete: *Die Gemeinde hat ein Reglement zur Verminderung der nächtlichen Lichtverschmutzung, der künstlichen Lichtquellen auf dem Gemeindebann.* Das haben wir. Wir hatten dann im Rahmen der Polizeigesetzesrevision, welche 2017 durchgeführt war, da mag nun ein langer Abstand dazwischen gewesen sein. Der Grund war, dass wir es nicht schneller gemacht haben, weil wir gewartet haben, bis das kantonale Musterreglement vorlag. Das haben wir auch schon mal hier ausgewiesen, dass es längere Zeit dauerte, dass man es erst dann machen konnte, damit man es nicht zweimal machen muss. Dann eben, wie richtigerweise erwähnt wurde, den § 30 reingenommen, ergänzend dazu in der Verordnung der Gemeinde noch den § 8, Lichtemissionen. Dem ist also Rechnung getragen, indem das Reglement so, wie es im Begehren formuliert ist, ausgearbeitet wurde. Nun hat Ihnen der Gemeinderat Nichtentgegennahme beantragt. Auch dem kann man nachfolgen. Ich werde es noch einmal kurz sagen, weshalb es nicht so ist. Der Gemeinderat beantragt Ihnen insbesondere Nichtentgegennahme, denn das haben wir bereits in der vorhergehenden Sitzung im Januar diskutiert. Ich habe es lang und breit ausgeführt, was die Schwierigkeiten am Ganzen sind. Erstens, grundsätzlich übersteigt es die personellen Möglichkeiten der gegenwärtigen Verwaltung. Das ist das Eine. Dann ist es nicht verhältnismässig, denn, man muss festhalten, erstens, in den vergangenen fünf Jahren, in denen es besteht, seit 2017, das sind schon bald 6 Jahre, wurden zwölf Verstösse festgestellt. Das sind sehr wenige, wenn man es im Vergleich mit anderen betrachtet. Alle konnte man schliesslich auf gutlichem Weg regeln, indem man mit telefonischen, mit schriftlichen Massnahmen zufriedenstellende Gegenmassnahmen erwirken konnte. Drittens müsste eine Wirkungskontrolle durchgeführt werden, um den Erfolg ausweisen zu können. Dafür fehlt uns schlicht und einfach das Personal. Hinzu kommt noch das viel grössere Problem. Vor allem die Beurteilung, ob eine Lichtquelle übermässig störend oder gar schädlich ist, ob Lichtverschmutzung vorliegt, können wir gar nicht objektiv feststellen. Das ist nicht etwas, bei dem ich sagen kann, ist – ist nicht. Denn es gibt ganz einfach – das habe ich das letzte Mal auch schon erwähnt – es gibt keine einfach messbaren, gesetzlichen Emissionswerte. Die haben wir einfach nicht. Es ist nicht wie beim Lärm, bei dem man sagen kann, 85 dB? Mikrofon her! 86 dB, niet! 84? Es ist gut! Das geht einfach nicht. Daran ändert auch die Vollzugshilfe des Bafu nichts, die ich letztes Mal bereits angesprochen hatte. Denn das ist kein neues Gesetz, das geschaffen wurde. Es hilft höchstens, die Lichtemissionen im Sinn des bundesrätlichen Umweltschutzgesetzes, Natur- und Heimatschutzgesetz und von noch weiter existierenden, begrenzen zu können, indem man einfach, wenn vollzogen wird. Der Vollzug wird aber dort meistens im Sinn von baulichen Massnahmen betrachtet, insbesondere von Strassenbeleuchtung.

Dazu möchte ich betonen, bei der Strassenbeleuchtung machten wir den allergrössten Effort. Mit der Umstellung der Huber-Lampen auf jene Laternen, die wir jetzt haben, wurde eine riesengrosse Lichtemissionsquelle beseitigt. Dem muss man schon mal Rechnung tragen. Das haben wir von uns aus gemacht und nicht irgendwie, weil es gemeldet wurde. Das muss man schon sehen, das ist nämlich der allergrösste Brocken, den wir überhaupt haben, der im Gemeindebann überhaupt vorliegt. Denn in dieser Initiative ging es nämlich auch um die Beleuchtung von Gebäuden von aussen, von Schaufenstern und vor allem um sog. Skybeamern und Laserscheinwerfern. Da müssen wir nun mal, Hand aufs Herz, ehrlich sein. Wo gibt es einen Skybeamer, wo gibt es solche Lichtscheinwerfer? Das haben wir schon gar nicht, und Lasershows gibt es auch überhaupt nicht. Das können wir nicht einmal feststellen, selbst wenn wir diese suchen wollten. Es ist, glaube ich, einfach ein Phänomen, dass es sie mal kurzzeitig gab, die es glücklicherweise jetzt nicht mehr gibt. War auch eine Unsitte.

Wie gesagt, aus diesen Gründen und vor allem aus der Tatsache heraus, dass wir keine objektiven Massnahmen haben, die wir grundlegend bewirtschaften können, dass wir auch mit einer Vollzugskontrolle auftreten, wird eine solche Umsetzung einfach wahnsinnig schwierig, nahezu unmöglich. Aus diesen Gründen, die ich hier aufgelistet habe, bitte ich Sie deshalb, das Postulat nicht zu überweisen, nicht entgegenzunehmen. Danke schön.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Gibt es seitens der Fraktionssprecherinnen und -sprecher Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ist die Rednerliste allgemein eröffnet. Gibt es Wortmeldungen? Das Wort hat Noemi Feitsma und anschliessend Lucca Schulz.

**Noemi Feitsma**, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe etwas Mühe damit, wenn wir ein Reglement haben, und es dann heisst, der Aufwand für den Vollzug ist zu gross. Denn ich meine, der Sinn eines Reglements ist, dass es auch vollzogen wird. Sonst können wir das Reglement gleich weglassen. Als ich diese Antwort las, habe ich gedacht, so, jetzt gehe ich selbst mal schauen, ob das wirklich so schwierig ist zu sehen, ob zu viel Lichtverschmutzung vorkommt. Ich stand mal an die Grenze und machte diese Bilder, die ich hier schicke. Ich war also an der Grenze, links ist Allschwil,

---

das helle Licht ist in Allschwil, und das dämmerige, warme Licht ist in Binningen. Ich war dann noch einmal zwei Stunden später schauen. Dort, wo alles schwarz ist, kein Licht ist, das ist Binningen. Dort, wo immer noch ein grell, helles, weisses Licht leuchtet, das ist Allschwil. Deshalb bin ich nun eben gerade etwas überrascht, als ich gehört habe, dass wir in die Strassenbeleuchtung investiert hätten, damit es nicht mehr so viel Lichtemissionen gibt. Diese Leute, die ausgezeichnete Augen haben, sehen vielleicht, dass unter diesem scheinwerferartigen Licht in Allschwil eine Wiese ist, die einen Hag hat, damit die Schäfchen dort den Rasen mähen können. Ich frage mich wirklich, ob die Schäfchen und auch Insekten und Vögel es lässig finden, dass ihr Schlafzimmer die ganze Nacht lang mit einem so grellen Licht beleuchtet wird. Wenn ich dann in diesem Art. 30 lese, Abschnitt 1, dass *unnötige, für Menschen resp. Tiere schädliche Lichtemissionen zu verhindern sind*, dann sehe ich nun einfach mit meinen eigenen Augen, dass das nicht umgesetzt wird. Weil ich es nun sehr offensichtlich finde, würde ich mir wirklich wünschen, dass der Einwohnerrat diesem Postulat folgt und es entgegennimmt, damit der Gemeinderat uns ausführlicher berichten kann, wie dieser Paragraph, also dass der Artikel umgesetzt wird.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke vielmals. Das Wort hat Lucca Schulz und anschliessend Mark Aellen. Die Reihenfolge wurde verwechselt. Dann erteile ich das Wort an Mark Aellen.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Merci. Es ist vorher schiefgelaufen. Ich hatte mich gemeldet, aber das ist ... Item. Es wurde erwähnt, dass wir vor vielen Jahren eine Volksinitiative hatten, bei der der Gemeinderat voll dahinterstand, ja, das ist eine sinnvolle Sache. Man hat dann, wie bereits erwähnt wurde, sehr viel später endlich zur Durchführung schreiten und es aufnehmen. Die Paragraphen wurden nicht von irgendjemandem erstellt, sondern wurden von beiden Basel erstellt. Jetzt wird uns gesagt, beide Basel gemeinsam haben es nicht geschafft, etwas Sinnvolles zu formulieren. Denn das, was an Reglement herauskam, ist nicht überprüfbar, nicht durchsetzbar, nicht logisch, weil es zu viele Ressourcen benötigt. Ich glaube, die Aussage an sich bedarf, dass man das Ganze noch einmal revidiert und überblickt, wie machen wir es, damit wir das Ziel, hinter das sich der Gemeinderat gestellt hatte, erreichen. Wir wollen Lichtemissionen vermindern. Wir haben das Beispiel gesehen, wenn man will, dann geht es. Vielleicht sollten wir also nach Binningen gehen und uns dort informieren, wie man es richtig macht. Danke.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Gut, das Wort hat Sandro Felice.

**Sandro Felice**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Vizepräsident, geschätzte Anwesende. Ich habe noch eine Ergänzung zur Strassenbeleuchtung, die ich mir auch von der Beantwortung des Postulats erwarten würde, dass es beantwortet würde. Und zwar war im Postulat von 2012, in dem es um energieeffiziente Beleuchtung ging, die Antwort im Bericht, ich zitiere: *Des Weiteren sind die für den Einsatz in Allschwil ausgewählten LED-Leuchten bereits für eine Nachtabsenkung ausgerüstet. Im Beleuchtungskonzept ist es vorgesehen, die umgerüsteten, neu erstellten Kandelaber in der verkehrsarmen Zeit zwischen 0 und 5 Uhr auf ein akzeptables, den örtlichen Gegebenheiten angepasstes Minimum zu reduzieren. Gemäss den Erfahrungen aus anderen Gemeinden, wird eine Nachtabsenkung durch die Anwohner kaum wahrgenommen. Hingegen lässt sich damit der Energieverbrauch dieser Anlagen um bis zu 30 % reduzieren.* Zitat Ende. Einerseits würde das die Lichtemissionen reduzieren, und andererseits würden wir auch noch Energie sparen, die im Moment eher teuer war. Ich frage mich, weshalb es nicht umgesetzt wurde, wenn wir ja solche Lampen hätten.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Das Wort hat Jean-Jacques Winter.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Moment, ja. Ich versuche, die Hierarchie heute Abend einzuhalten. Geschätzter Sitzungsleiter, geschätzter Vize-Sitzungsleiter, geschätzte Damen und Herren des Einwohnerrats, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte – nur wegen dieser Vizespielchen zuvor. Ich habe zuvor gehört, man habe ein Reglement. Wir haben heute Abend auch gehört, wenn man Reglemente nicht benötigt, kann man sie auch löschen. Wir haben gehört, wir haben ein Reglement z. B. Tempo 120 auf der Autobahn, nur, wer achtet darauf? Ich möchte nun einfach ganz kurz sagen, wie ich zuvor gehört habe, es sei personell nicht möglich, es sei nicht verhältnismässig, wir hätten nur zwölf Verstösse oder Verzeigungen oder Anmeldungen. Und wir hörten, man könne es beinahe nicht beurteilen. Wir haben ein Reglement, und darin steht ganz klar: *unnötige, für Mensch resp. Tier schädliche und lästige Lichtemissionen sind im Aussenbereich zu vermeiden.* Punkt. Dieser Punkt ist hier auf dem Papier. Wir haben es schwarz auf weiss, was der Auftrag für uns ist. Was der Auftrag ist! Baslerstrasse 111 von Allschwil hat dafür zu sorgen. Man kann nicht sagen, wir können es nicht, die Anwohner sollen es doch tun, meckern. Das kann nicht der Auftrag sein. Wenn ich die Begründung des Gemeinderats anschau, den Initiativtext habe man ins Reglement aufgenommen und



---

die geforderten Regelungen im Polizeireglement erledigt. Basta! Das war's. Nein, der Auftrag an die Gemeinde, Baslerstrasse 111, ist ganz klar: Es gibt ein Reglement, wir müssen dafür sorgen, dass unnötige, resp. schädliche und lästige – lästige – Lichtemissionen vermieden werden können. Ich sitze heute Abend zum Glück hinter dem Gemeinderat. Ich hatte zuvor ein wenig Zeit, um dazu noch schnell etwas zu schreiben. Ein Tipp an Allschwil ausserhalb der Baslerstrasse 111: Flattern Falter um eine Gartenlampe, ein wenig gestört, trifft die Leuchte aus dem Geschäft vis-à-vis in deine Stube, bist du empört. Scheint das Licht des Parkplatzes wie ein Fixstern dein Gutenacht-Plätzchen an, zögere nicht, ruf sofort Gemeinderat Hofmann an. Danke schön.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Gut, Danke schön. Das Wort hat Matthias Häuptli.

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Das Postulat lässt ja ziemlich offen, was denn eigentlich der Gemeinderat vorkehren soll. Die Krux mit den Bestimmungen über die Lichtemissionen sind eigentlich diese: Es ist im Polizeireglement geregelt. Das Polizeireglement ist Strafrecht. Das Strafrecht ist ein relativ grobschlächtiges Instrument. Man muss immer selbst wissen, was denn eigentlich zulässig ist oder nicht. Das sollte man den Strafnormen entnehmen können. Man muss dann auch noch wissen, dass es diese gibt. Wenn es Zweifelsfälle gibt, dann hat man keine Möglichkeit, mehr oder weniger Rechtssicherheit zu schaffen, indem man eine Bewilligung verlangt. Es gibt keine Bewilligungspflicht für Beleuchtungen. Entsprechend wird es in Allschwil ziemlich viele Beleuchtungen geben, die nicht dem Polizeireglement entsprechen. Wenn man nun in den § 30 blickt, steht da z.B.: *Aussenbeleuchtungen müssen zielgerichtet von oben nach unten erfolgen*. Oder es steht drin: *Aussenbeleuchtungen sind über Bewegungsmelder, Zeitschaltuhren, Dimmer o.ä. zu steuern, soweit deren Zweck dies zulässt. [...]* Dann gibt es den § 49, worin u.a. steht: *Die Bestimmung wird mit Bussen bis 5'000 Franken durchgesetzt*. Da frage ich jetzt einfach: Ist es wirklich die Meinung, dass man nun in Allschwil hingehet und schaut, wo überall es Aussenbeleuchtungen gibt, die irgendwie seitlich leuchten, und alle diese Hauseigentümer mit Bussen bis 5'000 Franken büsst? Das ist schlicht unverhältnismässig. In diesem Sinn muss man sich auch fragen, ob die Norm nicht auch etwas verunglückt ist. Danke schön.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Das Wort hat Ueli Keller.

**Ueli Keller**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich befinde mich im Dilemma. Einerseits verstehe ich die Postulanten, Postulantinnen sehr gut, dass sie etwas gegen die Lichtverschmutzung unternehmen wollen und auch möchten, dass das Reglement, welches sie mit ihrer Volksinitiative erwirkt haben, auch eingelöst wird. Das ist die eine Seite. Die andere Seite, ich verstehe auch den Gemeinderat sehr gut, der sagt, hey, das kann man nicht wirklich besser machen. Wenn man das wirklich besser machen würde, müsste man einen unheimlichen Aufwand betreiben. Nun, in diesem Dilemma ist meine Frage: Wird das, diese Situation besser oder kann man das Dilemma mit diesem Postulat auflösen? Da ist meine Antwort: Nein.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann frage ich ... doch, das Wort hat Gemeinderat Philippe Hofmann.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Also ich hoffe, ich habe nun nicht das Wort von jemandem des Einwohnerrats weggenommen. Ich würde in dem Fall mal Stellung nehmen zu all den Voten, die bisher eingegangen sind. Zuerst, ja, ich kann dem zuletzt und dem zuerst Erwähnten von Noemi Feitsma sogar durchaus etwas abgewinnen. Es ist immer ärgerlich, wenn man ein Reglement hat und es nicht vollständig durchsetzen kann. Das ist genau dasselbe, was ich zuvor gesagt habe zum Strassenverkehr, das gibt es. Man kann es einfach nicht vollständig durchsetzen. Das muss man einfach schlichtweg akzeptieren.

Das Beispiel, das vorgebracht wurde, wenn Binningen beschlossen hat, dass man das Licht der Strassenbeleuchtung, öffentliche Beleuchtung notabene, in der Nacht abstellt, bitte, ihr könnt das beschliessen. Macht das! Ich gebe dann einfach zu bestimmen, dass es, wenn es eine öffentliche Beleuchtung ist, nur die Gemeindestrassen betrifft und nicht Kantonsstrassen. Dann haben wir immer noch den Aspekt der Sicherheit. Ich möchte darauf hinweisen, dass in der Diskussion des Geschäfts 4113, der Volksinitiative darin ganz klar festgehalten ist, dass es nicht darum geht: Unbestritten und sicherlich Beleuchtungen aus Gründen der Sicherheit entlang von Fusswegen, Gebäudezugängen, Tiefgaragen zur Abschreckung von Einbrechern etc., entlang von Verkehrswegen ... Darum ging es nicht. Nun ein Beispiel bringen, das ich sagen soll, da werden ein paar Schafe und Insekten beleuchtet oder so etwas – das ist nun nicht das richtige Thema. Tatsächlich ist es so, wie richtig gesagt wurde, dass wir das Licht absenken können. Die technische Voraussetzung dafür vorhanden. Nur, das haben wir aus Sicherheitsgründen nicht erwogen, dass das bereits gemacht wird. Denn

---

eines steht auch immer im Raum. Und das ist immer, dass gesagt wurde, man fühle sich in der Nacht unsicher, wenn man durch schummrige, schaurige Gassen gehen muss. Das gibt es auch. Aber bitte, wenn ihr das Licht in der Nacht abstellen wollt, dann gibt es halt einen Vorstoss. Darüber können wir schon diskutieren. Aber einfach, das zur Sache mache. Ein Beispiel, welches hierzu war, ich weiss nicht genau, wo dieses Beispiel an der Grenze war, aber, ob nun ein Einzelbeispiel repräsentativ ist und das auf Lichtverschmutzung oder auf eine nicht zulässige oder, wie gesagt wurde, schädliche Lichtquelle hinweist, ist damit auch noch nicht bewiesen. Denn wir haben ja keine Grenzwerte. Schafe können wir leider nicht fragen, ob sie geschädigt wurden oder nicht, die Insekten schon gar nicht. Das ist einfach die grosse Schwierigkeit. Du, Noemi, sagst vielleicht, jawohl, das ist schädlich, das sieht doch jeder. Ein anderer sagt, so, ich kann es nicht, wir haben eben keine objektiven Grenzwerte, wie sie ungefähr sind. Wenn wir das hätten, wäre es simpler und einfacher, und ich würde sagen, machen wir. Aber das geht nicht. Deshalb ist es nicht praktisch und nicht sinnvoll.

Mark Aellen möchte ich gerne sagen, es ist nicht nur eine Frage der Ressourcen. Es ist eben vorwiegend eine Frage der Objektivität, oder, die man dann hat. Man muss auch sehen, vor zehn Jahren ging man auch noch davon aus, dass auch auf Bundesebene bzw. kantonaler Ebene wahrscheinlich noch mehr geschieht. Damals hat man vor allem auch noch von vorhandenem Lichtsmog gesprochen. Jetzt geht es um Lichtverschmutzung. Vielleicht hat sich die Begrifflichkeit geändert, vielleicht ist es noch genau dasselbe. Gegenwärtig kann ich das nicht behandeln. Der Punkt ist einfach, dass wir bis dato halt auch keine effektiven gesetzlichen Werte haben, obwohl es früher einmal angedacht war zu erheben, weil man festgestellt hat, die Lichtverschmutzung hätte in den vergangenen zehn Jahren – wann war das, ungefähr 2008 oder 2010, so ungefähr – um 70 % zugenommen. Ich finde das auch nicht lustig, auf jeden Fall nicht. Man muss aber sehen, woher es kommt. Das sind nicht nur Schaufenster, sondern eben sehr viel Strassenbeleuchtung. Gerade dort finde ich dieses Beispiel überhaupt nicht günstig.

Wegen der Nachtabsenkung, Sandro Felice, habe ich bereits erwähnt. Da ist eben das Sicherheitsbedürfnis der Menschen. Dann diskutieren wir einfach deinen Aspekt. Schalten wir es ab? Dimmen wir es? Gibt es Bewegungsmelder, was auch immer vorhanden ist? Dieser Vorschlag liegt nicht auf dem Tisch, entsprechend können wir ihn auch nicht diskutieren.

Zu Schaggi Winter müssen wir sagen: Da ist es ähnlich wie beim Lärm. Die meisten Lärmklagen werden uns jazugetragen. Die Polizei ist zwar schon auch unterwegs und schaut, gibt es Verstösse gegen Lärm, den wir haben. Das ist aber auch einfacher sanktionierbar. Selbst da haben wir Schwierigkeiten. Ich habe auch schon mal darüber berichtet im Zusammenhang mit vorhandenen Securitas-Sachen. Nur, man muss auch hier das Verhältnis erkennen. Die Polizei geht auch nicht explizit auf Lärmkontrollen. Sondern, die Polizei macht Aussenpatrouillen und kontrolliert ganz viele unterschiedliche Aspekte, u.a. eben auch gegenwärtiger Lärm.

Abschliessend möchte ich es nicht unterlassen, für den netten Schnitzelbank zu danken. Vielleicht findet es im nächsten Jahr beim Pilger. Ich kann ihn mal fragen. Es war auf jeden Fall schön. In diesem Sinne, Matthias Häuptli und Ueli Keller, Danke schön auch für die Präzisierung, was genau Sache ist, wegen der Verhältnismässigkeit und auch das Dilemma. Ich verstehe, was das Anliegen war. Das ist mir sonnenklar. Wenn mir aber ein Mittel fehlt, um etwas umsetzen zu können, ist es sehr ärgerlich, wenn man nichts tun kann. Ich kann es aber nicht ändern. Wenn wir es nicht ändern können, muss man in gewisser Hinsicht einfach halt gewisse Dinge akzeptieren. Es ist bestimmt nicht so, dass wir nichts tun. Das heisst es nicht, sondern, wenn es gemeldet wird, was gerade vorliegt, dann wird der Sache auch nachgegangen. Das ist so. Man versucht auch es im Gespräch und mit dieser Bafu-Hilfsliste. Mit dem 7-Punkteplan hat man auch eine Anleitung, wie man etwas dagegen tun könnte. Die Idee ist aber vor allem, und das weiss auch die Richtlinie oder Vollzugshilfe, nicht Richtlinie, dass man es tun soll, wenn geplant wird, bei Neubauten und so insbesondere, in diese Richtung geht es.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Dann hat Etienne Winter das Wort.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich sage trotzdem, geschätzter Präsident, werter Gemeinderat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Leider ist mein Wunsch nicht erfüllt. Ich erachte die Diskussion als sehr spannend. Eigentlich ist es aber nicht mein Wunsch, den ich will. Ich will nicht jetzt übers Thema sprechen. Das ist auch nicht Sinn der Sache. Sondern, ich möchte gerne unsere Fachpersonen auf der Gemeinde arbeiten lassen, die dafür auch angestellt wurden, um eine Grundauslegeordnung zu machen, was ist möglich und was nicht. Dafür benötige ich jetzt noch keinen politischen Diskurs. Es ist wie ein Thema, das man prüfen möchte, wenn die Auslegeordnung vorliegt. Ich habe nun vernommen, es ist schwierig. Ja, dann zeigt es auf, macht es schriftlich, dann können wir darüber sprechen. Ich muss jetzt aber nicht eine politische Debatte führen, über etwas, zu dem ich gerne

---

zuerst eine schriftliche Antwort möchte. Das ist bei jedem Postulat so. Es ist keine Motion. Wenn etwas prüfenswert erscheint, kann man es einfach prüfen. Wenn dermassen viel Diskussionspotenzial vorhanden ist, und wir jetzt wieder eine halbe Stunde über ein Thema diskutieren, ob wir es prüfen wollen oder nicht, ob wir darüber sprechen wollen oder nicht ... – aber wir sprechen jetzt bereits darüber, ohne dass wir die Grundlagen haben, dann merken wir einfach, es ist prüfenswert, weil jeder eine Meinung hat. Ich hätte aber doch gerne zuerst die schriftliche Antwort. Bitte nehmt es mit, schreibt, dann sprechen wir gerne noch einmal darüber, wie wir weitermachen wollen. Aber bitte: Prüfen und berichten! Und danke vielmals für die emotionalen Worte, aber wir können das Ganze gerne wiederholen, wenn die Fakten vorliegen. Merci.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Das Wort hat noch einmal Gemeinderat Philippe Hofmann.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Es tut mir leid, ich habe den Schluss nicht verstanden, rein akustisch nicht, nach der Emotion. Ich kann es noch einmal sagen. Beim Geschäft 4653 habt ihr zehn intensive Fragen gestellt, Familie Winter, und wir haben die ganze Sache ausführlich diskutiert. Es gibt keine ..., also, all die Fachpersonen, die wir haben, wurden bereits bemüht, die du arbeiten lassen willst. Das haben wir bereits rauf und runter diskutiert, was getan ist. Viel mehr dazu beitragen kann man nicht. Ich weiss nicht, was man noch mehr tun soll. Deshalb, wie zuvor besprochen, der Gemeinderat beantragt Nichtentgegennahme.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, frage ich Etienne Winter, stellvertretend für alle Antragstellenden, noch an, ob er das Schlusswort im Sinn von § 81 des Geschäftsreglements ergreifen möchte. Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist die Rednerliste definitiv erschöpft.

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Somit ist die Diskussion abgeschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Geschäft 4660 gerne überweisen möchte, soll das mit Karte bestätigen. Danke. Wer dagegen ist, soll das jetzt bestätigen. Danke. Enthaltungen?

**://:**

Sie haben dieses Geschäft mit 17 Nein gegen 15 Ja nicht überwiesen.

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Wir kommen nur zur Pause. Wir machen um 19.45 Uhr weiter. Nach dieser Pause kommt das Info-Fenster des Gemeinderats und die Fragestunde dran.

PAUSE

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Okay, man hört mich wieder. Jetzt ist gut. Wir sind wieder zurück und wir starten mit dem Info-Fenster des Gemeinderates.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Wer vom Gemeinderat möchte sich äussern? Gemeinderätin Silvia Stucki und anschliessend Philippe Hofmann, bitte schön.

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Merci. Geschätzte Anwesende, geschätzter Präsident oder Vizepräsident oder wie auch immer. Ich wollte nur kurz informieren. Wahrscheinlich haben Sie es im ABB gelesen, dass morgen Abend hier in diesem Saal eine Info-Veranstaltung der Versorgungsregion ABS, Allschwil-Binningen-Schönenbuch, zur Thematik Alter stattfindet. Wir würden uns selbstverständlich freuen, Sie dazu begrüssen zu können. Besten Dank.

---

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Vizepräsident. Ich möchte gerne bezüglich Feuerwehr informieren. Es ist so, dass bereits seit Längerem die Idee des Kantons, die mal hiess *Feuerwehr 2025*, läuft. Ich habe hier auch schon einmal darüber berichtet. Dann hiess sie *Feuerwehr 25 plus*, *25 plus plus*. Mittlerweile heisst sie *Feuerwehr der Zukunft*. Damit will gesagt werden, es ist ein intensiver Prozess, wie die Feuerwehr ausgestaltet werden soll. Ich durfte an vielen Workshops und Sitzungen teilnehmen. Es ist nun in zwei Stufen eigentlich vorerst abgeschlossen. Worum geht es eigentlich? Der Kanton möchte die Feuerwehr ganz neu organisieren, die dann nicht mehr per se zum Gemeindewesen gehören soll, sondern kantonale organisiert im Sinne einer kantonalen Feuerwehr mit einer Teilprofessionalisierung, aber auch im aktuellen Milizsystem.

Dies birgt natürlich gewisse Schwierigkeiten und vor allem für Allschwil gewisse Gefahren und sicherlich auch Verschlechterung des Sicherheitsstandards. Dementsprechend habe ich mich auch an diesen Sitzungen eingesetzt und versucht, das Möglichste zu tun, um dieser Sollorganisation etwas Passables entgegenzustellen, was nicht ganz einfach ist. Wir haben aber sicher sehr viel getan. Nun ist der Standpunkt so: Der Kanton hat eine Sollorganisation, wie er es gerne hätte, erst mal in den Raum gestellt. All die 60 Leute, die eingeladen waren, durften an den zwei Sitzungen einen Gegenentwurf bringen, wenn sie meinten, das sei nicht das Gelbe vom Ei. Wir hatten in fünf verschiedenen Gruppen versucht, das Ganze darzustellen. Dies nimmt nun der Kanton eigentlich mit zurück an den runden Tisch. Der runde Tisch ist ein Element des Regierungsrats, eingesetzt mit vielen hoch dotierten Feuerwehrleuten und noch ein paar anderen, die hinzukommen, welche diese Vorschläge dann gemeinsam prüfen sollen. Jetzt sind wir eigentlich an einem sehr spannenden Punkt, weil ich mein Möglichstes getan habe, was man irgendwie tun konnte, wie viele andere Leute, die sich eingesetzt haben auch. Was die Regierung jetzt damit macht, bleibt ein spannender Punkt zum Schauen, ob sie sagen, ja, wir gehen auf gewisse Voten, die wir abgegeben haben, ein, oder es ist uns gewissermassen egal und wir tun es so, wie wir es gerne hätten. Ich werde wahrscheinlich im Mai und Juni die Resultate erfahren können und weitere Schritte begleiten dürfen. Selbstverständlich werde ich den Einwohnerrat weiterhin darüber informieren, was in dieser Sache läuft. Ich bleibe an der Sache dran.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Vizepräsident – Vizepräsident, musste ich lernen – geschätzte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte. Anstelle von Franz Vogt, denke ich, darf oder muss ich heute informieren, dass die Schulraumplanung zeitlich nicht mehr völlig auf ursprünglichem Kurs ist. Wir haben eine leichte Verzögerung. Die nächste Auftraggebersitzung, welche am 3. Mai hätte stattfinden sollen, musste verschoben werden. Und zwar weil man festgestellt hat, dass bei den schulergänzenden Tagesstrukturen die Planungsannahmen nicht konsistent sind. Sie mussten nun bereinigt werden. Dabei ist man insofern aber wieder auf Kurs, aber, es gibt eine leichte Verzögerung von rund, schätze ich mal, ein bis zwei Monaten. Wir arbeiten noch immer sehr intensiv an der Sache. Was sind schon ein bis zwei Monate in einem Projekt, welches ein riesiges Projekt ist, ich sage es mal so. Danke vielmals.

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen des Gemeinderats. Somit ist das Info-Fenster geschlossen. Wir kommen jetzt zur Fragestunde. Diejenige, die Fragen an den Gemeinderat stellen möchten – meldet euch bitte bei Stephan Wolf!

## FRAGESTUNDE

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Miriam Schaub hat das Wort.

**Miriam Schaub**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Vizepräsident, liebe Anwesende, lieber Gemeinderat. Wenn wir schon mal beim Thema Schulen sind, hätte ich eine Frage zu den sog. Führungsstrukturen, also der Primarschule. Es geht darum, dass die Gemeinde entscheiden muss, möchte sie weiterhin das Schulratsmodell, das Gemeinderatsmodell oder ein Gemeinderatsmodell mit Kommission. Ich wollte fragen, wann oder ob der Gemeinderat dem Einwohnerrat etwas vorlegen wird. Ich wollte auch anregen, ich kann es auch als Frage formulieren: Es wäre mehr oder weniger gut, wenn wir mal dazu einen Zwischenbericht erhalten würden, also der Einwohnerrat, oder eine Kommission informiert würde, oder wenn man uns schon nur konsultieren würde, in welche Richtung es gehen könnte.

---

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Gut, ich übergebe das Wort gleich der Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Geschätzter Vizepräsident, geschätzte Damen und Herren. Ich habe hier, ich meine an der vorletzten Einwohnerratssitzung, bereits informiert, was der Auftrag des Kantons betreffend Projekt *neue Führungsstrukturen* ist. Ich habe informiert, dass der Einwohnerrat am Schluss definieren muss, ob es weiterhin einen Schulrat gibt, oder ob in Zukunft die Kompetenzen des Schulrats an den Gemeinderat gehen, oder ob es eine allfällige, weitere Lösung mit einer Kommission an der Seite des Gemeinderats gibt. Darüber habe ich informiert. Ich habe auch informiert, dass der Fahrplan so ist: Bis Ende Jahr muss dieser Beschluss vom Einwohnerrat gefällt werden. Ich habe auch informiert, dass wir an dieser Sache mit Hochdruck arbeiten. Dass wir Sie in diesem Sinne aber vorbereiten müssen, dass am Schluss die Zeit halt auch immer knapp wird, und dass Sie sich bewusst sein müssen, dass, wenn der Entscheid von Ihnen gefällt werden muss, wahrscheinlich nicht wahnsinnig viel Zeit übrig bleiben wird. Vor allem, wenn es um die Frage geht, ob es im Rahmen des Einwohnerrats auch noch eine Kommission geben wird, die sich diesem Thema annimmt. Da haben wir einen gewissen zeitlichen Engpass. Aber, wir sind an der Sache dran. Wir haben im Gemeinderat bereits einzelne Entscheide gefällt, und die nächsten stehen an. Ich meine, an der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung soll das Projekt dann aufgelegt werden. Es soll ein Projekt geben, das ist klar. Es sollen alle, die bisher im Bereich der Schule mitgesprochen, resp. mitgearbeitet haben, selbstverständlich zu Wort kommen können. Es ist klar, ich spreche hier den Schulrat an. Er wird dazu eine Meinung abgeben dürfen und müssen, damit auch der Einwohnerrat am Schluss weiss, wie die Thematik aus Sicht des Schulrats aussieht. Es ist ganz klar, es gibt wieder eine Zusammenarbeit mit dem Schulrat – oder soll es geben.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Gut, dann direkt wahrscheinlich noch einmal zu Miriam Schaub?

**Miriam Schaub**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja. Ich wollte eigentlich die Frage stellen: Wann wird es dem Einwohnerrat vorgelegt, wann können wir damit rechnen?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Wie ich zuvor erwähnt habe, spätestens im Dezember dieses Jahres. Mehr kann ich nicht sagen.

**Miriam Schaub**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Es tut mir leid, ich muss noch einmal nachfragen. Ich habe verstanden, bis im Dezember müsse der Einwohnerrat entschieden haben. Also, habe ich es missverstanden? Also, bis wann wird es vorgelegt und bis wann muss der Einwohnerrat entscheiden?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Wie gesagt, vom Kanton wurde vorgegeben, dass der Einwohnerrat bis Ende Jahr den Entscheid gefällt haben muss, ob er am Schulratsmodell festhalten will oder ob es ein Gemeinderatsmodell oder ein Gemeinderatsmodell mit Kommission geben soll. Es muss ein Beschluss des Einwohnerrats sein, ein formeller Beschluss sein. Dieser wird bis Ende Jahr hier gefällt werden müssen. Ob es bereits im November sein wird oder im Oktober, kann ich nicht sagen. Aber ich sage einfach so viel: spätestens an der Dezembersitzung.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Fürs Protokoll: Das war Gemeindepräsidentin Nicole Nüssli. Pascale Uccella hat das Wort.

**Pascale Uccella**, AVP-Fraktion: Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich hätte eine Frage an Gemeinderat Philippe Hofmann. Ich weiss, ich hätte sie vielleicht noch schriftlich eingeben können, ihr müsst auch nicht alles beantworten, aber ich habe einfach zwei, drei Fragen, wie es um die Bemalung der blauen Zone steht, ob wir bald fertig sind. Ich möchte auch sagen, von der Bevölkerung her, dass die Leute sehr Freude haben, dass es in Allschwil wieder Parkplätze gibt. Ich habe einfach eine kurze Frage: Wie viele Parkkarten hat man schon verkauft? Vor allem Anwohnerparkkarten und Auswärtsparkkarten würden mich wundernehmen. Und, ich habe eine weitere, kleine Frage: Weshalb hat man den Kanton nicht einbezogen, damit man die Basler- und Binningerstrasse auch blau machen könnte? Denn, soviel ich weiss, hat Binningen das gemacht. Denn, wenn ich jetzt auf der Baslerstrasse nach Hause fahre, sehe ich nur auswärtige Parkierende, und für Allschwiler hat es wieder keinen Platz. Wenn schon, haben wir in unseren Nebenstrassen viel Platz.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Gut, ich übergebe das Wort direkt an Gemeinderat Philippe Hofmann.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Einwohnerrat, geschätzter Vizepräsident. Danke, Pascale, für diese Fragen. Eine Prognose, wann wir bald fertig sein werden, kann ich effektiv nicht

---

abgeben. Ich bin nun von dieser Frage auch ein wenig überrumpelt. Ich konnte es nicht abklären lassen. Tatsache ist, ich weiss, es ist witterungsabhängig. Wir werden dann sicher wieder weitermachen können, wenn es die Witterungen auch zulassen. Ich sehe auch, es gibt immer wieder gewisse Fortschritte in gewissen Strassen. Wann genau es aber fertig ist, kann ich an dieser Stelle nicht sagen. Ich bin aber bereit, um an Cemi Thoma ein Mail zu schreiben, damit wir das abklären können. Danach kann ich auch hier darüber informieren. Dasselbe gilt auch für die Parkkarten. Tut mir leid, keine Ahnung. Die letzte Frage, die musst du nicht an mich stellen, die kannst du dem Kanton stellen. Denn da war ganz klar, die Motion hiess *auf gemeindeeigenen Strassen*, also es hat den gemeindeeigenen Bann, die vorhandenen gemeindeeigenen Strassen betroffen. Dabei waren die Kantonsstrassen explizit ausgenommen.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Gibt es weitere Fragen seitens Einwohnerrat? Das Wort hat Urs Pozivil.

**Urs Pozivil**, FDP-Fraktion: Ja, geschätzter Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen. Ich stelle die Frage im Namen von Nico Jonasch, der heute leider nicht anwesend ist. Er hat sie vorgängig eingereicht, zwar relativ knapp, ich weiss nicht, ob sie zum zuständigen Gemeinderat gelangt ist, aber ich lese sie einfach am besten vor: Derzeit ist der Bereich der Oberwilerstrasse zwischen Ochsenegasse und Himmelrichweg in Allschwil wegen Bauarbeiten und Werkleitungsbau gesperrt. Die offizielle Umleitung des Kantons zur Entlastung des angrenzenden Quartiers führt über den Herrenweg zur Binningerstrasse. Ausnahme bildet die Umfahrung nach Neuweiler. Zu Beginn stand eine Person an der Abzweigung Herrenweg, Oberwilerstrasse und wies sämtlichen, nicht befugten Verkehrsteilnehmenden den richtigen Weg. Mittlerweile steht diese Person nicht mehr da und die Passage Oberwilerstrasse, Himmelrichweg bis zum Dorfplatz gleicht einer offiziellen Umfahrung. Ich möchte vom Gemeinderat erfahren, wenn es sich um eine Kantonsangelegenheit handelt, weshalb diese Verkehrssicherungsperson nicht mehr dort steht und was von Seite Gemeinde unternommen werden kann. Die Anwohner danken Ihnen dafür.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Wem vom Gemeinderat darf ich das Wort erteilen? – Also im Zweifel der Gemeindepräsident Nicole Nüssli.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ja, geschätzter Urs, du hast die Frage im Namen von Nico gestellt. Es ist so, das Projekt besteht auf einer Kantonsstrasse, insofern ist auch die Umfahrung Sache des Kantons. Wenn wir hier nun vernehmen, dass der Einwohnerrat der Eindruck hat, dass man darauf drängen soll, damit wieder ein solcher Mitarbeiter dort steht, der alle Autos zu einer anderen Stelle hinweist, dann werden wir selbstverständlich das Gespräch mit dem Kanton suchen. Bis jetzt finde ich, und ich fahre täglich, fast täglich dort durch, ich finde es unnötig. Aber das ist meine persönliche Meinung.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Ich übergebe das Wort auch an Gemeinderat Philippe Hofmann.

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Danke, denn der zweite Teil der Frage kann ich tatsächlich beantworten. Diese Frage ist nämlich bei mir eingegangen. Ich hätte es aber auch so gewusst. Er möchte wissen, ob es der Gemeindepolizei erlaubt ist, in der temporären 30er-Zone Radarkontrollen vorzunehmen? Ja, tatsächlich, sie darf das, es ist selbstverständlich erlaubt, das zu tun. Die temporäre Signalisation Tempo 30 wurde vom Kanton Basel-Landschaft verfügt und publiziert.

**Stephan Wolf**, 2. Vizepräsident: Danke schön. Gibt es weitere Fragen seitens Einwohnerrat? Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit ist die Rednerliste erschöpft.

**René Amstutz**, 1. Vizepräsident: Besten Dank. Somit ist auch diese Einwohnerratssitzung zum Ende gelangt. Vielen Dank fürs Mitmachen. Bitte schaltet die Mikrofone ab und verlasst den Saal so rasch wie möglich, damit man aufräumen kann. Vielen Dank, schönen Abend und bis zum nächsten Mal.

ENDE DER SITZUNG 20.00 Uhr

